

Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn- und Festtage nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntagsbeilage, Allgemeine Verlosungstabelle, Kurzsattel der Berliner Börse.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend monatl. 10.— M., durch eigene Boten tägl. zweimal frei ins Haus; durch die Post 9.— M. (ohne Bestellg.). Anzeigen: Zeile 2.— M. n. 70 % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 1,25 M netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Annahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22/26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11800, 11801, 11802 bis 11852, sowie 15 277, 15 281, 15 282 bis 15 298

Ein neues Koalitionskabinett.

Hermann Müller Kanzler.

Der Gesamtrücktritt des Kabinetts Bauer scheint zwar einen umfangreichen Personenwechsel herbeizuführen, aber die Grundlagen des bisherigen Regierungssystems unberührt zu lassen. Unter dem Vorsitz Hermann Müllers wird aus den drei Mehrheitsparteien ein Ministerium gebildet, in dem die Sozialdemokraten 6, die Demokraten 4 und das Zentrum 4 Sitze erhalten sollen. Von den bisherigen Ministern verbleiben im Kabinett Bauer (als Ressortminister), David, Sieberts, Gehler, Koch, Müller und Robert Schmidt.

Nachdem es eine Zeitlang zweifelhaft gewesen war, ob Hermann Müller den Auftrag der Kabinettsbildung annehmen werde — Legien und Wissell hatten nach dem „Vorwärts“ zuvor abgelehnt —, trat er um 3 Uhr nachmittags mit den Parteiführern in offizielle Verhandlungen ein. Als Vertreter der Gewerkschaften nahm der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes, Legien, an diesen Verhandlungen teil. Ueber den Standpunkt der Unabhängigen wird erklärt, sie hätten im Laufe des Nachmittags wiederholt betont, daß sie sich an der Kabinettsbildung nicht beteiligen würden, aber auch der Bildung eines Koalitionskabinetts keinen Widerstand entgegenstellen würden, vorausgesetzt, daß ihnen bestimmte Garantien, namentlich in Bezug auf die Bekämpfung der Gegenrevolution, geboten würden. Es scheint, daß dieser Forderung dadurch Rechnung getragen werden soll, daß man das neue Kabinett als ein „Kabinett der republikanischen Verteidigung“ bezeichnet.

Die Aufrechterhaltung der Koalition der drei Mehrheitsparteien gilt als gesichert. Sie wurde durch den freiwilligen Verzicht Schiffers ermöglicht. Ueber die Vorgänge, die zu seinem Ausscheiden geführt haben, wird uns noch folgendes mitgeteilt:

Der vom Reichspräsidenten mit der Neubildung des Kabinetts betraute Reichsminister Müller hatte den bisherigen Vizkanzler eingeladen, auch in sein Kabinett einzutreten und wieder das Portefeuille der Justiz zu übernehmen. Er hatte dabei erklärt, daß diese Aufforderung seinerseits völlig vorbehaltlos geschehe, hatte aber hinzugefügt, daß allerdings gewisse politische Schwierigkeiten mit dem Wiedereintritt Schiffers verbunden sein könnten. Daraufhin erklärte Schiffer, daß er unter diesen Umständen die Annahme eines Portefeuilles ablehnen müsse, da seine Person politische Schwierigkeiten in dieser gefährlichen Lage des Vaterlandes unter keinen Umständen herbeiführen solle und dürfe. Die demokratische Fraktion, die einstimmig tags zuvor dem Druck der Gewerkschaften auf Befestigung Schiffers widerstanden hatte, hat diese Erklärung Schiffers guthießen müssen und die Gründe, die Schiffer zu seinem Verzicht veranlaßten, gebilligt. In der Sitzung der Fraktion wurde dem scheidenden Vizkanzler von dem Vorsitzenden Payer für alles das, was er seit seinem Amtsantritt und insbesondere in den letzten schweren Tagen getan, der wärmste Dank ausgesprochen und der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß Schiffer mit besonderer Umsicht und Kraft zum Segen des Vaterlandes auch in diesen schwersten Stunden gewirkt habe.

Diesem Dank schlossen sich Vertreter der Arbeiterschaft und der Frauen ausdrücklich an. Ferner erklärte der Abgeordnete Professor Hermann, der in Berlin die Tätigkeit Schiffers in der Nähe verfolgte: „Wir haben bemerkt, daß und wie Schiffer in schwierigsten Tagen gehandelt hat und wissen, daß sein Verdienst in der Ueberwindung der durch Kapp und Lüttich hervorgerufenen Schwierigkeiten kaum überschätzt werden kann. Nur mit größtem Bedauern können wir unseren fähigsten Mann aus dem Kabinett scheiden sehen und wünschen, daß er bei erster Gelegenheit in das Ministeramt zurückkehren möge.“

Die Verteilung der Ressorts in dem neuen Kabinett steht noch nicht fest. Sicher ist, daß das Reichswirtschaftsministerium geteilt und damit ein 14. Reichsministerium geschaffen wird. Das neue Ministerium soll die Fragen der Ernährung und der Förderung der landwirtschaftlichen Produktion bearbeiten und wird vom Zentrum besetzt. Das Reichswirtschaftsministerium wird aufseinerseits weiter in den Händen von Robert Schmidt bleiben, obwohl dieses vielleicht wichtigste Ressort in allererster Linie nach einem Fachmann schreit. Dr. Gehler ist nach wie vor als Reichswehrminister in Aussicht genommen. Von neuen Männern steht die Berufung von Cuno für das Reichsfinanzministerium und von Dr. Wirth für das Reichsjustizministerium fest.

Außer Gehler und Dr. Koch, der das Reichsministerium des Innern behalten und Vizkanzler werden soll, sind den Demokraten noch zwei weitere Sitze zugeordnet, für die das Verkehrsministerium, das Auswärtige Amt oder das Reichsjustizministerium in Frage kommen. Für das Auswärtige Amt werden die Grafen Bernstorff und Brockdorff-Rantzau genannt. Doch scheint man sich den schweren außenpolitischen Bedenken

gegen diese Persönlichkeiten auch in demokratischen Kreisen nicht zu verschließen. Der Arbeitsminister Schilde soll, wie verlautet, durch Wissell ersetzt werden.

Man hofft, daß die Kabinettsbildung am Sonnabend abgeschlossen sein wird. Die Sitzung der Nationalversammlung, in der das neue Kabinett sich vorstellt, wird für Montag erwartet.

Sämtliche Mehrheitsparteien treten heute vormittag wieder zu Sitzungen zusammen, die demokratische Fraktion um 10 Uhr.

Die preussische Krise.

Die preussische Krise scheint von einer Lösung noch erheblich weiter entfernt als die im Reich. Bisher haben nur die Sozialdemokraten über die Personenfrage verhandelt, während die Demokraten offenbar abwarten, bis man mit Vorschlägen an sie herantritt. Die Berufung von Graf, Krüger und Lüdemann gilt, wie wir von wohlunterrichteter parlamentarischer Seite hören, keineswegs als gesichert.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Landesversammlung-Fraktion erklärt, diese habe für die Besetzung des Ministeriums drei neue Männer (nämlich Graf, Krüger und Lüdemann) in Vorschlag gebracht, weil die gegenwärtige Lage im Land eine entschiedene Umbildung des Kabinetts wünschenswert erscheinen lasse. Den scheidenden sozialdemokratischen Ministern haben die Koalitionsparteien den Dank für ihre bisherige Tätigkeit ausgesprochen. Bis zur Neubildung des Kabinetts führen sie die Geschäfte weiter.

Die schaffenden Stände.

Die Forderung der Gleichberechtigung.

Eine Reihe von Organisationen, darunter der Hansabund, die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, der Bund der Handwerker, der Reichsausschuß der akademischen Berufsstände, das Kartell der freien technischen Berufe, der Bund der Landwirte, die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels u. a. haben dem Reichspräsidenten folgende Forderungen überreicht:

1. Ablehnung jeder Maßnahme, die offen oder verhüllt auf eine ungesetzmäßige Aenderung oder eine Umgehung der verfassungsmäßigen Bestimmungen hinführt.
2. Gleichstellung der Organisationen der übrigen schaffenden Stände mit den Gewerkschaften der Arbeiter, Beamten und Angestellten. Sofern mit Wirtschafts- und Berufsgruppen verhandelt wird, verlangen wir, hinzugezogen zu werden.
3. Erhaltung einer nach allen Seiten hin starken und von allen Berufsgruppen gebildeten Regierung, die sich zur Durchführung ihrer Aufgaben auf die hierzu erforderliche Macht stützt.

Der Rundgebung fehlt die positive Ergänzung durch die Forderung einer „Kammer der Arbeit“, die allen schaffenden Ständen zu ihrem Recht verhilft.

Schleswig-Holsteins Selbstverwaltung.

Die preussische Regierung erklärt die Zusage weitgehender Sonderrechte für Schleswig-Holstein auch weiterhin als bindend. Die Bestellung eines Vertreters der Provinz im Reichsrat soll schleunigst erfolgen. Mittel für den finanziellen Wiederaufbau auf kommunalem, sozialem und landeskulturellem Gebiet sollen zur Verfügung gestellt werden für Eisenbahnbauten, Uferschutzarbeiten, Landesmeliorationen und insbesondere für Flensburg.

Bolschewistischer Vorstoß gegen Finnland.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

In Kopenhagen, 26. März.

In Petschenga (am Weißen Meer) sind 2000 Bolschewisten einmarschiert und haben die finnischen Truppen vertrieben. Damit hat Finnland, vorläufig wenigstens, den von Russland vor zwei Jahren abgetretenen Zugang zum Eismeer verloren.

Wie „Berlingske Tidende“ mitteilt, hat sich die litauische Regierung in einer Note an Finnland darüber beklagt, daß Litauen zu der Warschauer Randstaaten-Konferenz keine Einladung erhalten hat und von den auf der Konferenz erzielten Ergebnissen nicht unterrichtet worden sei. Dieses Uebergehen Litauens wird in der Note als ein Bruch der zwischen den baltischen Staaten getroffenen Uebereinkunft bezeichnet, derzufolge diese sich untereinander von ihren Vorbereitungen zu einem Frieden mit Sowjetrußland Kenntnis geben mußten. Die litauische Regierung erklärt daher, daß sie sich an diese Abmachung nicht mehr gebunden halte, sich vielmehr in Zukunft volle Handlungsfreiheit vorbehalte.

Außenpolitisches.

Von
Alexander Redlich.

In der französischen Kammer hat Barthou — der für gewisse Leute als Deutschenfresser gestempelt ist — eine Rede gehalten, die den deutschen Politikern und solchen, die es noch werden wollen, warm ans Herz gelegt sei. Auch alle, die sich augenblicklich mit Kabinettsbildung befassen, werden darin manches Interessante finden. In dieser Rede (vergl. die gestrige Abendausgabe der „Vossischen Zeitung“) schildert Barthou mit großer Offenheit, wie England zwischen sich und Frankreich die Rollen bei der Behandlung Deutschlands verteilt hat. Frankreich unterschreibt die Forderungen und Drohungen, England die Zugeständnisse, die zumindest auf gemeinsames Konto der Alliierten gehen. Die Auslieferung des Kaisers ist eine englische Forderung. Wenn Frankreich die Auslieferung deutscher Generale verlangt, schreibt die ganze Welt. Fordert aber England deutsche Marineoffiziere, so schweigt man.

Es ist gut, daß die französischen Politiker seit einiger Zeit mit mehr Nachdruck als zuvor auf diese Art der Regie hinweisen. Wer die Ereignisse während des letzten Jahres verfolgen konnte, kennt diese Dinge längst. Es hat vor und nach dem Friedensschluß französische und englische Forderungen an Deutschland gegeben. Die englischen hat man gebildet, die französischen zurückgewiesen. Die englischen hat man restlos erfüllt, die französischen sind eine Angelegenheit der nächsten Jahre und Jahrzehnte. Nichts ist nun einfacher für England, als großmütig zu tun und das deutsche Volk wegen der Härte der Franzosen zu bedauern. Eingebrecht haben uns diese hübschen Redensarten bisher nichts, als das Mißtrauen und die Verbitterung der Franzosen und die Vermehrung ihrer Forderungen um jene Sicherheitsmaßregeln, die sie in ihrer Enge zwischen dem lauen Bundesgenossen und einem Gegner für nötig halten, der eben die bisherige deutsche Politik getrieben hat.

Man kann schließlich verstehen, daß England vom Standpunkt seiner politischen Ziele aus jene agitatorischen Mittel anwendet, die geeignet sind, ein politisches und wirtschaftliches Zusammengehen der beiden führenden Kontinentalmächte zu hindern und sich selbst dadurch in Russland, Vorderasien, Afrika und im fernen Osten freie Hand zu sichern. Aber diese Mittel sind durch eine abergläubische, geradezu fanatische Blindheit in Deutschland so unterstützt worden, daß ihr Erfolg jede Erwartung übersteigen muß. Es gibt überhaupt keine politische Dummheit mehr in Deutschland, die nicht irgendeine mit phantastischen Hoffnungen auf England begründet wird. Die Sabotage der Verständigungsmöglichkeiten in Versailles, das völlige Versagen in den darauf folgenden monatelangen Wirtschaftsverhandlungen in Frankreich, die Militärpolitik seit dem Friedensschluß, die in dem baltischen Abenteuer ihre Blüte und in dem Putsch der Kapp und Lüttich ihre Frucht gezeitigt hat, und schließlich dieser famose Putsch selbst — all das wurde begangen in der Meinung, daß England seine schlagenden Hände darüber breiten werde.

Aber man hat sich gewundert, daß Frankreich diesen Tatsachen gegenüber nervös wurde und auch Forderungen stellte, die seine unmittelbaren Bedürfnisse überschritten und der gewalttätigen Sicherung dieser Bedürfnisse dienten. Und man hat in Deutschland ungläubig gelächelt, wenn an dieser Stelle immer wieder behauptet wird, daß Frankreich nicht nur zu Zugeständnissen bereit war, sondern sie auch mehrfach anregt und gemacht hat. Die Rede Barthous ist eine Befestigung dieser Behauptung.

Manche dieser von Frankreich angeregten Zugeständnisse sind freilich an dem Widerstand Englands gescheitert. Sonst würde Deutschland jetzt vermutlich einen Teil seiner Handelsflotte und seiner früheren Kolonien besitzen. Aber es würde auch — was im Augenblick besonders interessant ist — heute noch jenes Volksherr haben, dessen Fehlen der Oberbefehlshaber General v. Seeckt so bitter beklagt. Es sei an die historische Tatsache erinnert, daß in den Pariser Auseinandersetzungen über den Friedensvertrag der Marschall Foch für eine Volksmiliz mit kurzer Dienstzeit in Deutschland eingetreten und mit dieser Forderung gegen die Ablehnung Englands in der Amerikaunterlegen ist.

Söldnerheer, Putsche, Armut, Isoliertheit und tausend andere schwere Strafen sind nicht zuletzt die Folge des außenpolitischen Systems, das bisher in Deutschland als alleinigmachend galt. Heute, wo die Last des Erlebten und des noch zu Überwindenden jenen allgemeinen politischen Systemwechsel zu erzwingen scheint, den keine Einsicht bisher bewirkt hat — heute muß auch mit dieser verderblichen Außenpolitik endgültig abgerechnet werden. Aber, was geschieht? Die demokratische Fraktion der Nationalversammlung, der die Befehle des Ministeriums des Auswärtigen zur Verfügung gestellt worden ist, führt an der Spitze ihrer Kandidatenliste für diesen Posten den Grafen Brockdorff-Rantzau auf, jenen Mann, von dem ganz Frankreich weiß, daß er in Versailles alle Verständigungsmöglichkeiten nicht etwa ungenutzt gelassen, sondern als ein Druckmittel benutzt hat, um damit das Phantom der englischen Hilfe festzuhalten. Jener